

Für eine demokratisch-sozialistische Linke

Anforderungen an den künftigen Parteivorstand bzw. die Parteientwicklung aus Sicht der undogmatischen und Reform-Linken

– Diskussionspapier für das Delegiertentreffen am 28.04.2006 –

Der 2005 begonnene Prozess der Parteibildung aus PDS und WASG kann ein entscheidender Schritt in der neueren Geschichte der Linken in Deutschland werden. Entscheidend deshalb, weil mit der neuen Partei die Chance besteht, die Linke außerhalb der SPD zu einer für die gesellschaftliche Entwicklung bedeutenden Größe zu machen. Der auf dem Hallenser Parteitag zu wählende Parteivorstand steht vor der Aufgabe, die letzten notwendigen Hürden für die Bildung der angestrebten gemeinsamen Linkspartei zu nehmen. Dieser Parteibildungsprozess kann aus unserer Sicht vor allem dann erfolgreich sein, wenn innerhalb der Linkspartei.PDS, aber auch bei interessierten Teilen der WASG eine Verständigung über einige politisch-organisatorische und politisch-strategische Fragen stattfindet, die im Folgenden skizziert werden sollen.

1. Die künftige Linkspartei wird im Unterschied zur PDS keine überwiegend politisch, ideologisch und weltanschaulich geschlossene Partei mehr sein.

Die Grundlage der Linkspartei.PDS ist eine gemeinsame, heute mehr gefühlte denn eine vereinheitlichte, Weltanschauung, die Sozialismus genannt wird. Gefühlsmäßig gibt es auch noch eine gemeinsame theoretische Grundlage: den Marxismus. Politisch verbindet uns die Kritik an den herrschenden Verhältnissen, meistens formuliert als Anti-Neoliberalismus oder als Anti-Kapitalismus. D.h. die Linkspartei.PDS ist im Verständnis ihrer Mitglieder eine weltanschauliche, eine Theorie- und eine Programmpartei. Das Überleben der PDS in der BRD nach 1990 ist jedoch nicht in erster Linie ihrer sozialistischen Programmatik geschuldet, sondern der konsequenten Hinwendung zur Politik des Alltags in den neuen Bundesländern. Wir werden wahrgenommen als Partei, die sich am konsequentesten der sozial Benachteiligten und der VerliererInnen der Einheit annimmt. Bei den Hartz IV-Protesten wurde dafür der Begriff der „Kümmerer-Partei“ geprägt. Der Anspruch „Partei für den Alltag und nicht nur für den Wahltag“ zu sein, trifft allerdings nur auf den Osten zu. Im Westen haben wir dies trotz vieler kleiner erfolgreicher Schritte nicht geschafft.

Mit der WASG treffen wir auf eine Partei, die aus der aktuell politischen Widerspruchsentwicklung in diesem Land entstanden ist. Die Agenda 2010, mit der der Sozialstaat alter Prägung aufgekündigt worden ist, hat die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Bewegung aufgespalten und den Anstoß für einen Parteineugründungsprozess gegeben. Die WASG-Gründung ist demnach nicht über einen alternativen Gesellschaftsentwurf betrieben worden, sondern konzentrierte sich auf die „soziale Frage“ so wie sie sich heute stellt. Dies ist ein anderer Parteiensatz, als er in unserer Tradition bisher gepflegt worden und bei uns vorherrschend ist. Diese Feststellung trifft übrigens unabhängig davon zu, ob die einzelnen Mitglieder der WASG sich als SozialdemokratInnen, linke SozialdemokratInnen, SozialistInnen oder demokratische SozialistInnen verstehen.

Ein Gründungsprozess wie bei der WASG hat Vor- und Nachteile: Die Vorteile liegen darin, dass man sich zunächst nur auf wenige politische Kernfragen einigen muss und vor allem, dass man sich auf die Herausbildung der jetzt und heute laufenden politisch-gesellschaftlichen Prozesse konzentrieren kann. Weitere Vorteile sind, dass ideologische Fragen zurücktreten können, dass weltanschauliche Fragen nicht entscheidend sind und dass nicht die Geschichte der sozialistischen Bewegung (einschließlich der sozialdemokratischen und der kommunistischen) bewertet werden muss.

Die Nachteile liegen darin, dass die Inhalte der Parteigründung der politischen Konjunktur unterliegen, dass andere Themen (z.B. Feminismus, Ökologie, Bürgerrechte), die für ein attraktives linkes Zukunftsprojekt ebenso wichtig sind wie die soziale Frage, nicht integraler Bestandteil der Programmatik sind. Ein weiterer Nachteil ist, dass an diesen wenigen politischen Fragen alle Unterschiede zu den übrigen Parteien festgemacht werden müssen. Letzteres kann leicht zu sektiererischen und ideologisierenden Tendenzen führen, wie wir sie vor allem in Abgrenzung der WASG in Berlin gegenüber der Linkspartei.PDS erleben.

Nicht wenige Mitglieder der Linkspartei.PDS sehen die Gefahr einer programmatischen Verengung und leiten daraus die Forderung ab, das gesamte programmatische und weltanschauliche Paket der Linkspartei.PDS zur Grundlage der neu zu bildenden Partei machen. Wenn wir den jetzt eingeleiteten Parteibildungsprozess aber wirklich ernst nehmen, dann bedeuten die vorhergehenden Feststellungen, dass die neue Partei keine Fortsetzung der Linkspartei.PDS mit anderen Mitteln und damit auch nicht automatisch eine demokratisch sozialistische Partei sein wird. Vielmehr werden im Neugrün-

dungsprozess die programmatischen Grundlagen, und damit auch der demokratische Sozialismus, aufgrund der politischen Erfordernisse gemeinsam neu erarbeitet werden müssen.

Aufgrund dieser Voraussetzungen sollte die neue Partei **DIE LINKE** heißen. Bei diesen Feststellungen geht es nicht darum, die Orientierung auf den demokratischen Sozialismus für verzichtbar zu erklären. Es geht im Gegenteil darum, sich über den vor uns stehenden Prozess der Aneignung eines Partei- und Politikverständnisses bewusst zu werden, das nicht von einer weltanschaulich geschlossenen Partei ausgeht, sondern von einem Zusammenschluss vielfältiger linken Strömungen, die gleichwohl an einer gesellschafts*verändernden*, nicht allein gesellschafts*kritischen* Orientierung interessiert sind.

2. Die LINKE bildet sich neu über die Politik – und wird nach innen politische Kultur und Architektur verändern müssen

Ein Grund für die Schwäche der Linken in der alten BRD war, dass sie sich hauptsächlich über Ideologie und Programme definierte und auch darüber ihre AnhängerInnen suchte. Die Linkspartei.PDS hat diesen Weg vermieden, auch wenn Strömungen in ihr den gleichen Weg eingeschlagen und immer wieder versucht haben, uns zu einer Bekenntnispartei zu machen.

Die Linkspartei.PDS ging vielmehr den erfolgversprechenderen und letztlich erfolgreichen Weg einer linken, sozialistischen Volkspartei, die sich in erster Linie über die Praxistauglichkeit für ihre Wählerinnen und Wähler im Alltag definiert. Aufgrund ihrer Tradition gelang es gleichzeitig, dies mit über den Alltag hinausweisenden programmatischen Zielsetzungen zu verbinden.

Der Schub, den die Gründung der WASG für die Linke in Deutschland insgesamt gebracht hat, liegt darin, dass sie ein Produkt derjenigen gesellschaftlichen Widersprüche ist, wie sie von Millionen erfahren werden und in denen diese in Widerspruch zum System geraten sind. Dies war die Voraussetzung, dass sich ein politisch-ideologisch heterogenes Spektrum zusammenfinden konnte. Dies ist der minimale Ansatz dafür, dass sich im Westen eine der Linkspartei.PDS ähnliche Struktur einer linken Volkspartei herausbilden kann.

Wenn sich sowohl die Linkspartei.PDS als auch die WASG dieser – auf die Gesellschaft und die realen Bedürfnisse der Menschen zugewandten – Haltung bewusst werden, besteht die Chance, dass die **DIE LINKE** nicht mehr nur ein Zusammenschluss der ostdeutschen Volkspartei mit einer marginalisierten West-Linken ist, sondern eine Partei für Politikgestaltung heute und darüber hinausweisende gesellschaftspolitische Perspektiven. Damit werden die Ost-West-Spannungen nicht aufgehoben, sie werden jedoch wesentlich gleichberechtigter ausgetragen werden können.

Die westlichen Landesverbände werden in der künftigen Linkspartei einen großen Bedeutungszuwachs erhalten. Hierfür spricht allein schon, dass sich das Ost-West-Verhältnis in der Mitgliedschaft stark verändern wird. Noch deutlicher wird dies daran werden, dass sich aufgrund der Entstehungsgeschichte in der WASG ein hoher Anteil von Aktiven und jüngeren Mitgliedern befindet. Damit wird sich die politische Architektur und die Kultur unserer Partei ändern (müssen). Dies zum Vorteil in der Außendarstellung und -wahrnehmung zu entwickeln, aus einer als Ostpartei wahrgenommenen Partei eine gesamtdeutsche zu machen, darin wird eine unserer wesentlichen Aufgaben liegen.

Alle Erfahrungen von Organisationen mit solchen Umbrüchen zeigen, dass hier natürlich neben der großen Chance auch Risiken und viele Konflikte liegen. So darf z.B. nicht außer Acht gelassen werden, dass sowohl in der WASG als auch in der Linkspartei.PDS Verlustängste bestehen. In der Linkspartei.PDS befürchtet man etwas zu verlieren, was man mehr als fünfzehn Jahre gegen z.T. ärgste Widerstände verteidigt und bewahrt bzw. entwickelt hat. In der WASG gibt es Befürchtungen, das gerade erst Erreichte zu verlieren, unterzugehen und herausgebildete Identitäten aufgeben zu müssen. Sich diese Befürchtungen beiderseits bewusst zu machen und an gemeinsamen Identitäten z.B. in politischen Kampagnen zu arbeiten, sollte eine Aufgabe des künftigen Parteivorstandes sein.

Das Neue an der künftigen Linkspartei wird darüber hinaus darin bestehen, dass sie demokratischen SozialistInnen, SozialdemokratInnen, AnhängerInnen der christlichen Soziallehre, KommunistInnen und undogmatischen, emanzipatorischen, liberalen und libertären Linken eine Heimat sein soll. Dies bedeutet jedoch, dass neu und anders als bisher im linken Parteienverständnis, die verschiedenen Strömungen in der künftigen Linkspartei nicht nur geduldet, sondern als Bereicherung verstanden werden. Dies setzt zweierlei voraus: Zum einen die Bereitschaft zur Toleranz der anderen Position – d.h. keine Strömung darf ihr Ziel darin sehen, Anhänger anderer Meinungen aus der Partei zu verdrängen. Zum anderen die Bereitschaft der Partei, politische Entscheidungen jenseits von Formelkompromissen zu treffen. Wird dies versäumt, verliert sich die Partei entweder in innerparteilichem Zwist, statt sich auf politische Tagesfragen zu konzentrieren oder sie wird unverbindlich, undeutlich und unattraktiv. Kurz: als linke Volkspartei muss **DIE LINKE** personell und politisch-inhaltlich breit aufgestellt sein.

3. DIE LINKE muss sich gesellschaftlichen Bündnissen und politischen Machtfragen stellen und darf sich nicht scheuen differenzierte Antworten zu geben.

Jeder Partei stellt sich die Frage, wie sie ihre politischen Vorstellungen gesellschaftlich durchsetzen will. Dies gilt in besonderem Maße für eine Partei, die programmatisch nicht als Minderheitenpartei antritt, sondern die politischen Forderungen in den Mittelpunkt stellt, die die Interessen der Mehrheit der Gesellschaft betreffen. Für eine Partei, die absehbar mit ihrem Gesamtprogramm keine Mehrheitspartei sein wird, gibt es generell zwei Möglichkeiten:

Zum einen kann man darauf orientieren, dass für Teilaspekte der eigenen Programmatik eine gesellschaftliche Mehrheit vorhanden ist, die einen solchen Druck erzeugen kann, dass sich andere Parteien diese Inhalte zu Eigen machen. Die Politikformen hierfür sind Protest und Widerstand. Protest und Widerstand sind geeignete Politikformen, um Erfolge in einzelnen Fragen zu erzielen. Sie haben jedoch den Nachteil, dass sie in extremer Weise auf das Handeln anderer Kräfte und Parteien angewiesen sind.

Zum anderen kann man nach Überschneidungen mit anderen Parteien suchen, um auf dem Weg des Bündnisses Teile der eigenen Zielvorstellung zu erreichen. Diese Politikform zielt auf Verstärkung gesellschaftlicher Mehrheiten, begleitet von anderen Politikformen. Wir definieren für uns Politik als Aufgabe, die gesellschaftlichen Verhältnisse nachhaltig für die sozial Benachteiligten zu verändern. Für diese Richtung der Politik müssen mittel- und langfristig Machtverhältnisse geändert werden. Hierfür ist eine starke parlamentarische Vertretung ebenso eine Voraussetzung wie die Verbindung mit sozialen Bewegungen. Die Orientierung auf Mehrheiten in den Parlamenten für linke Gestaltungspolitik mündet immer auch in die Frage nach Übernahme von Regierungsverantwortung durch diese Mehrheit, weshalb wir die dafür entsprechenden Strategien diskutieren und durchsetzen wollen.

Es gibt in der Linkspartei.PDS und der WASG einen feststellbaren Trend, linke Politik auf die „Gegengriffbe zum Neoliberalismus“ zu reduzieren. Der auf dem Potsdamer Parteitag der PDS im Oktober 2004 beschlossene Leitantrag war hier schon einen Schritt weiter: „Nach wie vor dominiert neoliberaler Denken in Politik, Öffentlichkeit und Wirtschaft. Doch Anspruch und Scheitern dieser Dogmen und Mythen, die Folgen ihrer Umsetzung und die immer drängender werdenden Fragen jenseits des neoliberalen Denkhorizonts prägen zunehmend die Debatten, die Meinungsbildung und die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Auch in mit uns konkurrierenden politischen Parteien brechen ungeachtet des neoliberalen Kurses der jeweiligen Führungen Auseinandersetzungen auf. Die Unterschiede zwischen und in den anderen Parteien nehmen wir ernst und suchen nach Zugängen zu diesen Debatten“.

Daran zu erinnern ist u.a. deshalb notwendig, weil in Potsdam auch das "strategische Dreieck" zwischen Protest, Gestaltungsanspruch und über die derzeitigen Verhältnisse hinaus weisenden demokratisch-sozialistischen Alternativen als der Rahmen beschrieben wurde, in dem sich die Partei erfolgreich bewegen kann. Zu oft noch aber wird, wie Kerstin Kaiser, Wulf Gallert und Stefan Liebich vor dem Dresdner Parteitag Ende letzten Jahres feststellten „dieses ‚strategische Dreieck‘ nur als Rechtfertigung des Beharrens auf einer seiner Ecken missdeutet, Regierungstätigkeit als Um- oder gar Abweg auf dem vermeintlich geraden Weg zwischen Protest und grundsätzlichen gesellschaftlichen Alternativen in Frage gestellt, das Ganze nach Belieben im politischen Raum justiert. Doch dieses ‚strategische Dreieck‘ war nie als ein Raum gedacht, in den wir uns vor den Herausforderungen des gesellschaftlichen und politischen Lebens zurückziehen und in dem wir uns vor den Anhängerinnen und Anhängern konkurrierender Parteien abschotten. Es war nach unserem Verständnis auch nie diagonal zu den politischen Ebenen gemeint: unten, in Kommunen und bestenfalls den Ländern Mitgestaltung, und oben, auf Bundesebene, nur der Protest. Und die übergreifenden Alternativen entsorgt in eine unpolitische Nische ‚Programmdebatte‘.“

4. Die drängenden politischen Aufgaben

DIE LINKE muss schon während ihrer Gründungsphase in der politischen Praxis beweisen, dass sie dem Vertrauen gerecht wird, das vier Millionen Menschen bei der Bundestagswahl 2005 in sie gesetzt haben. So groß auch immer die politisch-organisatorischen Hindernisse sein werden, sollte zu ihrer Beseitigung nicht mehr als 20% unserer Kräfte eingesetzt werden. Der Rest muss Politik sei und zwar eine, die geeignet ist gesellschaftlich wahrgenommen zu werden und die die beiden Teilorganisationen zusammenführt.

Das wichtigste Projekt der kommenden Wochen wird die **Mindestlohnkampagne** sein. Es ist der **LINKEN** gelungen, ein Thema zu setzen, das mit Ausnahme der FDP von allen anderen Parteien nach anfänglich diametral entgegen gesetzten Äußerungen aufgenommen worden ist. Jetzt besteht

unsere Aufgabe darin, zusammen mit den Gewerkschaften das Ziel einer gesetzlichen Vereinbarung deutlich oberhalb des Existenzminimums zu erreichen und dies gleichzeitig mit der Partei **DIE LINKE** zu verbinden.

Zwei weitere Fragen drängen sich aufgrund der Politik der großen Koalition unmittelbar auf: die **soziale Grundsicherung und die Sicherung des Gesundheitssystems**. Soziale Grundsicherung als Ausdruck einer Gesellschaft, die sich aufgrund des Reichtums der Gesamtheit Armut der Einzelnen nicht leisten muss, kann und sollte. Harz I-IV und ALG II sind Wirklichkeit geworden, sollten und dürfen es keinesfalls bleiben. Eine Reform des Gesundheitssystems stellt uns vor die Aufgabe, alle Nutznießer des öffentlichen Gesundheitssystems gleichermaßen zu seiner Finanzierung heran zu ziehen, und damit der Veränderung der Einzahlerquellen Rechnung zu tragen, der Verteilung der aufgebrachten Mittel zugunsten der Pharma- und Gesundheitskonzerne Einhalt zu gebieten und die Beschäftigten im Gesundheitssystem zu stärken. Diese Debatten werden vermutlich erst einmal weniger dazu geeignet sein, im öffentlichen Diskurs Hegemonie zu erreichen. Aber sie sind geeignet am Beispiel des von den emanzipatorischen Linken befürworteten „bedingungslosen Grundeinkommens“ notwendige und auch in der PDS über Jahre versäumte Klärungsprozesse z.B. über den vorherrschenden Arbeitsbegriff oder die Intensität staatlicher Regulation herzustellen.

Eine besondere Herausforderung sind die **Wahlen** in den kommenden 13 Monaten. In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern kämpfen wir nicht wie immer allein um ein gutes Ergebnis, sondern auch um die erneuerte Zustimmung für Rot-Rot und die Verhinderung einer Zweidrittelmehrheit der Großen Koalition im Bundesrat. In den Kommunalwahlen in Niedersachsen kämpfen wir für eine starke Partei von unten. Und schließlich treten wir in Bremen zur Landtagswahl nicht nur mit dem Ziel an, erstmals im Landtag eines Bundeslandes im Westen vertreten zu sein, sondern wir stellen uns die Aufgabe, die dort regierende Große Koalition abzuwählen.

Das NEIN in Frankreich und den Niederlanden zum EU-Verfassungsvertrag hatte vor allem mit den in ganz Westeuropa vorhandenen Ängsten zu tun, dass das vereinigte Europa die soziale Lage in den bisher dominierenden europäischen Staaten weiter verschlechtert. Die in den vergangenen Monaten in Frankreich ausgefochtenen Kämpfe machen deutlich, welche unterschiedlichen Interessen hier am Wirken sind. Sie machen uns aber auch bewusst, dass es noch zu wenig politisch-praktische Verbindung zwischen den Linken in den europäischen Staaten gibt. Die **europäische Linke** ist heterogen in ihren Kämpfen und in ihren Aussagen – aber sie verbindet die Zielstellung eines sozialen, friedlichen und demokratischen Europas. Wir wollen dazu beitragen, dass mit der Europäischen Linkspartei (EL) eine politisch-praktische Vernetzung entsteht. Dazu gehört, dass die verschiedenen politischen Ansätze, Strategien und Ziele miteinander diskutiert und fruchtbar gemacht werden. Wir sind gespannt auf die Erfahrungen von Rifondazione Comunista in der kommenden italienischen Regierung, der Linkssozialisten in Skandinavien in ihren Bündnissen mit den Sozialdemokraten, der französischen Linken in Vorbereitung der kommenden Präsidentschaftswahlen, der regierenden AKEL in Zypern oder den osteuropäischen Linken, die mit ihren Gesellschaften die Entwicklung Europas von einer ganz anderen Seite erleben. In diesen Debatten wird es auch um die Frage gehen, wie ein neuer europäischer Verfassungsvertrag aussehen kann, um einem ökonomisch bis zur Währungsunion integrierten Europa einen Verfassungsrahmen zu geben.

Und schließlich wollen wir, dass sich die neue Partei über ihre Mitglieder in der Gesellschaft bewegt und diese in ihr widerspiegelt. Dazu brauchen wir **viele neue Mitglieder**, müssen also den Trend, der mit den Wahlen 2005 begonnen hat, unbedingt fortsetzen. D.h. die neue Partei soll und wird auch ein Stück zur Erneuerung und Zukunftsfähigkeit beitragen.

5. Unser Angebot an die neue Partei und unser Selbstverständnis als undogmatische und Reformlinke

Wir können davon ausgehen, dass sich in der neuen Partei überwiegend Menschen organisieren, die sich selbst als linkssozialdemokratisch oder sozialistisch verstehen. Wir gehen weiterhin davon aus, dass eine Partei langfristig nur wirken kann, wenn sie über die Tagespolitik hinaus programmatische Vorstellungen entwickelt. Die Linkspartei.PDS hat hier mit ihrem verabschiedeten Programm einen entscheidenden Schritt zur Formulierung eines modernen Sozialismusverständnisses gemacht. „*Was braucht der Mensch?*“ ist die zentrale Frage unseres Programms. Er braucht keine Ideologie, keinen Glauben. Aber er braucht die radikale Veränderung der realen Verhältnisse, was wiederum nur durch eine konsequente Orientierung auf reale Politik möglich ist. Unser Vorteil als Linkspartei.PDS ist, dass wir in dieser Verbindung von Programmatik und politischer Praxis schon entscheidende und auch erfolgreiche Schritte gegangen sind. Dies ist unser Angebot an und ein Beitrag für die neue Partei.